

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 3. MÄRZ 2013

Neues Raumplanungsgesetz (RPG)

Für ein griffiges Raumplanungsgesetz

Es geht um viel bei dieser Abstimmungsvorlage, die Pro Natura in ihrer jüngsten Ausgabe ihres Magazins als «aus naturschützerischer Sicht eine der wichtigsten der letzten Jahrzehnte» beurteilt. Im Mittelpunkt des Gesetzes stehen verbindliche und griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung der Schweiz und damit zum Schutz und Erhalt von Lebensräumen in der Natur, von Erholungsgebieten und wertvollen Anbauflächen. Es geht zudem um Geld, Einfluss und, eher aussergewöhnlich, das Seelenheil der CVP.

Das Problem Zersiedelung

Seit 1969 schreibt die Bundesverfassung eine haushälterische Nutzung des Bodens und eine geordnete Besiedelung des Landes vor. Was ist daraus geworden? Aus heutiger Sicht ist die Antwort klar: Ziel nicht erreicht. Seit Jahren ist die Bautätigkeit in der Schweiz so intensiv, dass jede Sekunde 1m² Landwirtschaftsfläche verschwindet was in einem Vergleich bedeutet, dass täglich 12 Fussballfelder verbaut werden. Die Weichen sind mit dem bestehenden RPG gestellt auf eine weitere ungehemmte Fortsetzung. Die Hauptprobleme bilden zu gross dimensionierte Bauzonen und eine verbreitete Hortung von eingezontem Bauland. Besonders schlecht stehen Kantone in der Westschweiz da, wo wesentlich mehr Bauflächen bestehen als in den nächsten 15 Jahren vernünftigerweise benötigt würden. Einsamer Spitzenreiter in dieser Negativbilanz ist der Kanton Wallis: Statt dem errechneten Bedarf von 1000 Hektaren eingezontem Bauland sind es 4000. Warum 15 Jahre? Sie entsprechen einer Empfehlung im geltenden RPG. Mit ihr wurde, wie immer, wenn in unserem Land wichtige Kompetenzen den Kantonen übertragen werden, sehr unterschiedlich umgegangen. Kantone wie Basel Stadt, Bern, Zürich, Graubünden und andere haben diese Bestimmung verbindlich in ihre Gesetzgebung aufgenommen. Das gilt darum auch für Langnau und wurde bei der Ortsplanungsrevision berücksichtigt. Unsere Behörden haben diesen Planungsrahmen nicht einmal ausgeschöpft, mit der Ablehnung der Einzonung Eyschachen wuchs die Reserve zur kantonalen Vorgabe sogar noch an. Das neue RPG bestimmt, dass zu viel eingezontes Land verbindlich zurückzuzonen ist. Das wird vor allem Kantone wie Wallis, Freiburg oder Glarus, die mit der Empfehlung besonders grosszügig umgegangen sind, zum Handeln zwingen.

Der Aspekt des Geldes

Der Gewerbeverband beurteilt das neue RPG als verfehlt. Ein harsches Urteil. Dafür darf man freundliches Verständnis aufbringen, da viel Geld im Spiel

ist, denn die Bauunternehmer, die im Verband grossen Einfluss ausüben, fürchten um ihre Privilegien. Bis heute geht die Rechnung auf: Vertreter dieser Branche lobbyieren bei massgebenden Stellen, beeinflussen die entsprechenden Rahmenbedingungen zu ihren Gunsten und kommen in einer späteren Phase zu den gewünschten Aufträgen. So ist es vom Gewerbeverband konsequent gehandelt, wenn er alle Hebel in Bewegung setzt, um nach der Zweitwohnungsinitiative eine weitere schmerzvolle Niederlage zu verhindern. In seiner kostspieligen Werbekampagne übergeht er gefliessenstlich diesen Aspekt, darin sorgt er sich um die bedauernswerten Mieterinnen und Mieter, denn verknapptes Bauland, wird argumentiert, führe zu teurerem und damit zu höheren Mietpreisen.

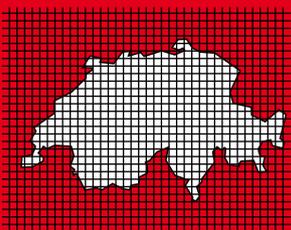
Die Mehrwertabgabe

Wird ein Grundstück in eine Bauzone umgewandelt, so steigt sein Wert auf einen Schlag um ein X-faches, sein Besitzer gewinnt ohne eigenes Dazutun an Vermögen. Das neue RPG verlangt für diesen Planungsvorteil eine Abgabe von mindestens 20%. Das ist vernünftig. Diese Abgabe ist von der öffentlichen Hand zweckgebunden zu verwenden, zum Beispiel zur Finanzierung von Rückzonen. Langnau kennt dieses Instrument bereits seit dem Juli 2010. Der Gemeinderat hat mit dessen Einführung erfreulich fortschrittlich gehandelt, das darf an dieser Stelle ausdrücklich gelobt werden. Und der Gewerbeverband? Er lehnt die Mehrwertabgabe ab, es handle sich um eine Steuer, und sie belaste die Landbesitzer

Unser Ja zum Raumplanungsgesetz

Wir schliessen uns den Argumenten der Befürworter an: Das neue RPG schützt Natur und Erholungsräume, fördert verdichtetes Bauen, bekämpft die Hortung von Bauland, sichert der Landwirtschaft die notwendigen Fruchtfolgeflächen. Eine breite Allianz, bestehend aus Umweltverbänden, Mieterverband und Mitgliedern aus praktisch allen politischen Parteien, liegt auf dieser Linie. Der Gewerbeverband, der zudem die stärkere Stellung des Bundes in der Raumplanung kritisiert, sowie Mehrheiten von FDP und SVP stehen auf der anderen Seite. Und das Seelenheil der CVP? Das entscheidet sich im Wallis. Die dortigen Wortführer betätigen sich als vehemente Gegner, dies im Gegensatz zur Parteimehrheit. Wir sind optimistisch. Der Ausgang der Abstimmung zur Zweitwohnungsinitiative beweist, dass in der Schweiz ein Umdenken stattfindet. Es geht um sehr viel Lebensqualität, es geht um die Natur.

Martin Jäggi



*Abzocker-Initiative*

Im Zweifel für Minder

Seit Wochen tobt der Abstimmungskampf über die «Abzocker»-Initiative von Tribol-Chef Thomas Minder. Die Materie ist komplex, der Kreis der Betroffenen klein, denn die Forderungen treffen nur börsenkotierte Unternehmungen. Trotzdem redet die Gegnerschaft mit Economiesuisse an der Spitze den Niedergang der Schweiz herbei, sollte das Begehren an der Urne erfolgreich sein.

Vor knapp fünf Jahren wurde die «Abzocker»-Initiative eingereicht. Im Dezember 2008 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft mit einem indirekten Gegenvorschlag. Im National- und Ständerat gab es ein langes Hin und Her. Am Schluss wurde der Bundesbeschluss vom Nationalrat im Sommer 2012 sogar abgelehnt, da die bürgerliche Mehrheit die Boni-Steuer in den Beratungen versenkt hatte. Im Abstimmungskampf gehen die Lager der Befürworter und Gegner quer durch alle Parteien. Die linke WoZ hat sich kritisch zum Minder-Begehren geäußert und auch in der SP gibt es Exponentinnen und Exponenten, welche den Gegenvorschlag (welcher aber jetzt nicht zur Diskussion steht) befürworten. Auf alle Fälle liegen bei der Gegnerschaft die Nerven blank. So hat eine Zürcher Agentur, welche für Economiesuisse die Anti-Minder-Plakate gestaltete, Studenten angeheuert, welche unter falschen Namen bezahlte Kommentare gegen die Initiative in News-Portalen schreiben sollten. Die Sache ist allerdings aufgefliegen. Economiesuisse setzt beträchtliche finanzielle Mittel für die Bekämpfung des Volksbegehrens ein.

Exorbitante Löhne und Abgangsentschädigungen

Tatsache ist, dass die Gehälter an der Spitze vieler börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz in den letzten Jahren explodiert sind. Es gibt immer mehr Löhne in Millionenhöhe. Antritts- und Abgangsentschädigungen werden auch bei schlechtem Geschäftsgang ausbezahlt. Deshalb will die SP...

- eine Schweiz, in der sich nicht ein paar Wenige auf Kosten aller Anderen bereichern können.
- der Gier und der Masslosigkeit Schranken setzen.
- die weitere Öffnung der Lohn- und Vermögensschere verhindern und verringern.
- eine Wirtschaft, die nachhaltig auf die langfristigen Interessen ausgerichtet ist.

Die SP hat selber vier Projekte, mit welchen sie die grosse Ungerechtigkeit bekämpfen will. Es sind dies die 1:12-Initiative, mit welcher die Lohnschere reduziert werden soll und die Mindestlohn-Initiative, welche existenzsichernde Löhne für alle will. Weitere Themen sind eine nationale Erbschaftsteuer zur Sicherung der AHV und die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung für reiche Ausländerinnen und Ausländer. Bei einem Ja zur «Abzocker»-Initiative verspricht sich die SP Sukurs für ihre eigenen Forderungen.

Forderungen der «Abzocker»-Initiative

Das Volksbegehren sieht einen neuen Art. 95 Abs. 3 in der Bundesverfassung vor. Darin werden zahlreiche (noch abstrakte) Forderungen aufgestellt. Wesentlich sind die nachfolgenden Punkte:

- Die Generalversammlung (GV) stimmt über die Gesamtsumme aller Vergütungen des Verwaltungsrates (VR), der Geschäftsleitung (GL) und des Beirates ab.
- Die GV wählt jährlich VR-Präsidium, Mitglieder von VR und Vergütungsausschuss einzeln.
- Die GV wählt jährlich die unabhängige Stimmrechtsvertretung.
- Verbot von Organ- und Depotstimmrecht
- GV-Stimpfpflicht der Pensionskassen im Interesse ihrer Versicherten und Transparenz des Stimmverhaltens
- Elektronische Fernabstimmung
- Keine Vorauszahlungen (golden hellos) an VR- und GL-Mitglieder
- Keine Abgangsentschädigungen an VR- und GL-Mitglieder
- Keine Prämien bei Firmenkäufen und –verkäufen an VR- und GL-Mitglieder
- Keine zusätzlichen Berater- oder Arbeitsverträge mit VR- und GL-Mitglieder
- Keine Delegation der Geschäftsführung an juristische Personen.
- Die Statuten haben zu regeln: Erfolgs- und Beteiligungspläne von VR- und GL-Mitgliedern, Anzahl externer Mandate der VR- und GL-Mitglieder, Renten der VR- und GL-Mitglieder, Kredite an VR- und GL-Mitglieder, Darlehen an VR- und GL-Mitglieder sowie die Dauer der Arbeitsverträge der GL-Mitglieder
- Strafbestimmung bei Widerhandlung: Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zu sechs Jahresvergütungen.

Wann zeigt die Initiative Wirkung?

Die «Abzocker»-Initiative enthält eine Übergangsbestimmung, welche vorsieht, dass der Bundesrat bis ein Jahr nach der Annahme eine Verordnung erlässt, welche die Initiative provisorisch umsetzt. Hier dürfte sich der Bundesrat an den Bestimmungen orientieren, welche von den eidg. Räten als indirekter Gegenvorschlag verabschiedet worden sind (Teilrevision des Obligationenrechts; OR). Anschliessend müsste das Parlament die Verfassungsnorm in einem Gesetz umsetzen. Die Gegnerschaft behauptet, der indirekte Gegenvorschlag wirke rascher. Dies ist eine Behauptung, welche so nicht zutrifft. Zudem ist dieser indirekte Gegenvorschlag noch mit Risiken behaftet. Es könnten von Betroffenen Klagen erhoben oder gar das Referendum ergriffen werden. Dies würde das Inkrafttreten bzw. das Wirksamwerden der OR-Bestimmungen deutlich verzögern.

Eine schlüssige Beurteilung der Konsequenzen des Begehrens ist auch für mich als Jurist sehr schwierig. Die abstrakte Initiative lässt sich auch nicht einfach mit der ausformulierten Änderung des Obligationenrechts vergleichen. Aus diesem Grund werden Bauchentscheide bei der Abstimmung das Ergebnis wesentlich beeinflussen – und hier ist die Ausgangslage angesichts der teils grenzenlosen Geldgier einiger Exponenten ziemlich klar.

*Bernhard Antener**Initiative «Bern erneuerbar»/Gegenvorschlag*

Eine energiepolitische Weichenstellung

Am 3. März 2013 steht eine energiepolitische Weichenstellung an: Mit der Initiative Bern erneuerbar und dem Gegenvorschlag des Grossen Rates kann der Kanton Bern eine Vorreiterrolle in der Energiewende einnehmen.

Die Initiative Bern erneuerbar will, dass im Kanton Bern ab 2035 Strom und ab 2050 Energie für Heizung und Warmwasser vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Der Gegenvorschlag stellt die gleiche Grundforderung in einem Zeitraum von 30 Jahren – aber ohne Zwischenziele. Das Ziel von Initiative und Gegenvorschlag soll erreicht werden, indem die Energieversorgung langfristig durch erneuerbare Energien erfolgt und der Verbrauch durch mehr Energieeffizienz und Energiesparen reduziert wird.

Arbeitsplätze schaffen

Mit einem Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag schreiben wir die Energiewende in der Verfassung fest. Und das Beste: Damit schaffen wir neue Arbeitsplätze in unserem Kanton.

Der in der November-session vom Grossen Rat zur Kenntnis genommene Bericht zur volkswirtschaftlichen Bedeutung erneuerbarer Energien zeigt den grossen volkswirtschaftlichen Nutzen auf: 2010 generierte allein die Branche der erneuerbaren Energien 6260 Vollzeitstellen im Bernbiet. Eine andere eindruckliche Zahl: Die erneuerbaren Energien trugen im selben Jahr direkt (ohne indirekte Wertschöpfung) mit über 800 Millionen Franken – und damit mehr als die Uhrenindustrie – zur kantonalen Wertschöpfung bei. Mit dem Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung wird dieser Anteil massiv steigen. Denn mit erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz wird die Wertschöpfung vom Ausland ins Inland verlagert. Initiative und Gegenvorschlag liegen zudem voll auf der Linie der im September 2011 eingereichten Cleantech-Initiative der SP Schweiz.

Mehr Energieeffizienz ist möglich und besser Umwelt- und Klimaschutz

Die heutige Energieerzeugung und -nutzung setzen riesige Mengen an Klimagasen, vorab CO₂, frei. Noch entscheidender als der Ausbau erneuerbarer Energien ist daher die Steigerung der Energieeffizienz. Damit kann der Energieverbrauch gesenkt, der Ausstoss klimaschädlicher Treibhausgase reduziert und der Klimawandel gebremst werden. Klimarespektive Umweltschutz und ökonomische

Ziele spielen sich dabei in die Hände: Bei der Energieeffizienz ist das Potenzial für neue Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und für mehr Unabhängigkeit riesig. Und nur mit mehr Effizienz werden wir schliesslich von fossilen und atomaren Energien wegwkommen. Riesiges Sparpotenzial liegt im Gebäudebereich: Dieser verbraucht rund 50 Prozent der Energie und ist für 40 Prozent der Schweizer CO₂-Emissionen verantwortlich. Die *International Energy Agency* stellt fest, dass beim Vergleich der heutigen Bauten mit der aktuell besten Technik 20 bis 70 Prozent Energie eingespart werden könnte. Das Bundesamt für Energie sieht ein Sparpotenzial von 50 Prozent. Mit dem kantonalen Energiegesetz haben wir 2011 dazu bereits wichtige Nägel eingeschlagen: Die Bevölkerung beschloss etwa ein Verbot von Elektroheizungen. Beim Strom geht mehr als ein Drittel des Verbrauchs ohne Nutzen verloren. Das verschlechtert die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen, belastet die Budgets von Privathaushalten und



schadet dem Klima. Nicht benötigter Strom ist die günstigste Sparmassnahme: Allein mit Stromeffizienzmassnahmen kann schweizweit bis 2035 auf die Produktion von vier bis sechs AKW Mühleberg verzichtet werden. Mehr Effizienz ist der Schlüssel zu einer bezahlbaren Energiewende mit hoher Versorgungssicherheit. Die Beispiele sind zahlreich: Grosses Sparpotenzial bringen Geräte und Beleuchtungen: Die energieeffizientesten Kühl- und Gefriergeräte (A+++) brauchen 50 Prozent weniger Strom als typische Neugeräte (Energieklasse A+). Qualitativ gute LED bringen gegenüber Sparlampen nochmals ein Sparpotenzial – im Privatbereich wie im öffentlichen Raum.

Dezentrale Energieversorgung garantiert Unabhängigkeit

80 Prozent der in der Schweiz genutzten Energie wird heute importiert. Wir sind also stark abhängig vom Ausland und können die steigenden Preise nicht beeinflussen. 1999 kostete ein Fass Erdöl 10 Dollar, im Sommer 2008 bereits 148 Dollar. 1998 kosteten 100

Liter Heizöl 28 Franken, im Frühling bereits 64 Franken. Ein grosser Teil der Erdölprodukte stammt zudem aus politisch instabilen Regionen und Abhängigkeit bedeutet immer auch Erpressbarkeit. Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz hingegen sichern eine grössere Unabhängigkeit. Der Verband Holzenergie Emmental etwa hat vorgerechnet, dass von 100 Franken, die heute in eine Holzheizung investiert werden, der gesamte Betrag in der Schweiz bleibt, davon 52 Franken in der Region. Bei Investitionen in Gas gehen 74 Franken ins Ausland und nur 14 Franken bleiben in der Region. Beim Öl sieht es nicht besser aus: 59 Franken gehen ins Ausland und bloss 16 Franken bleiben in der Region. Die regional anfallende Wertschöpfung ist bei erneuerbaren Energien im Gegensatz dazu generell sehr hoch – egal ob Solarthermie, Holz, Biomasse, Wind oder Photovoltaik. Dies zeigt eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Raumentwicklung. Besonders gut

schneiden dabei die energetischen Sanierungen von Gebäudehüllen ab. Mit der Umsetzung der Volksinitiative oder des Gegenvorschlags wird Energie dort produziert, wo sie gebraucht wird.

Energiepolitisches Signal auf Bundesebene

Nachdem der Bundesrat und die eidgenössischen Räte den Atomausstieg

im Grundsatz beschlossen haben, beginnt im Rahmen der Energiestrategie 2050 die Umsetzung dieses historischen Entscheids. Das Abstimmungsergebnis vom 3. März 2013 wird deshalb grosse Signalwirkung für die Energiewende-Debatte auf Bundesebene haben. Mit einem Ja zeigen wir, dass die Bevölkerung hinter dem Atomausstieg steht.

Breites Komitee für ein 2x Ja

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 3. März hat sich unter dem Namen «Erneuerbare Energie für Bern» ein gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch breit abgestütztes Komitee konstituiert. Es setzt sich ein für ein Ja zur Initiative und zum Gegenvorschlag ein. – Trete auch Du dem Komitee «Erneuerbare Energie für Bern» bei: www.eebn.ch

Nadine Masshardt
Nationalrätin und Co-Präsidentin des Komitees «Erneuerbare Energie für Bern»,
Co-Präsidentin WWF Kanton Bern

In einer Kolumne geniesst ihr Verfasser eine gewisse Narrenfreiheit in Bezug auf Themen und Schreibstil. Davon hat Marcel Schneider in «His Masters Voice» mit Lust Gebrauch gemacht. Dass bei der Themenwahl aufs Ganze gesehen eine gewissen Vorliebe Richtung SVP und deren Ideologie bestand, ist augenfällig. Somit wäre aktuell der Fall Zuppiger ein entspre-

Danke Marcel

chendes Thema. Das ist bekanntlich dieser Politiker zürcherischer SVP Prägung, der es zum Nationalrat und Präsident des Gewerbeverbandes brachte, kurz vor seiner Wahl zum Bundesrat aber jäh abstürzte wegen einer erb-schleicherischen Veruntreuung gegenüber einer Verstorbenen, die ihm zu Lebzeiten voll vertraut hatte, und der, um Unheil abzuwenden, das Risiko einer Lüge in Kauf nehmend, einem Mitarbeiter die Schuld in die Schuhe schob und damit die Sache noch verschlimmerte. Das wäre ein Marcel Schneider-Thema gewesen, denn er hätte, könnte ich mir vorstellen, den Faden weiter gesponnen zu denjenigen die jetzt dazu schweigen, zu Blocher nämlich der nie lügt und zu Brunner, der sonst immer etwas zu sagen weiss.

«Wäre», «hätte», «könnte» – der Konjunktiv weist darauf hin: Marcel Schneider hat sich kürzlich als Verfasser von «His Masters Voice» verabschiedet. Viele unserer links i.E.-Ausgaben hat er mit seinen Texten bereichert. Darin betrachtete er politisches Geschehen pointiert aus der Warte des abgeklärten Altpolitikers, schrieb nie um den Brei herum, sondern zielte angrifflich auf das Grundsätzliche, würzte das Ganze mit Ironie oder einem Sprutz Satire und drückte damit das aus, was ein Teil seiner selbst ist: Sein Humor und seine Vorliebe zum Anekdotischen.

Das alles wird uns fehlen.

Martin Jäggi

Referendum Arbeitsgesetz

Nein zum 24-Stunden-Arbeitstag

Der arbeitsfreie Sonntag gerät immer mehr unter Druck, vor allem im Detailhandel. Der freie Sonntag darf nicht dem Wirtschaftsinteresse geopfert werden. Die Gewerkschaften und die Sonntagsallianz wehren sich mit aller Kraft gegen diese Liberalisierungsversuche. Die Sonntagsallianz setzt sich zusammen aus Gewerkschaften, Kirchen, Frauenorganisationen, Parteien und der schweizerischen Fachgesellschaft für Arbeitsmedizin.

Die Beschäftigten sind gegen längere Arbeitstage

Die Verkäuferinnen und Verkäufer sind gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Bereits jetzt müssen sie zerstückelte Arbeitszeiten, Samstagsarbeit und Arbeit auf Abruf in Kauf nehmen – und das zu sehr tiefen Löhnen. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist inakzeptabel. Die grossen Detailhandelsketten und die Erdölvereinigung wollen den 24-Stunden-

Arbeitstag durch die Hintertür einführen – zuerst bei den Tankstellenshops, dann im ganzen Detailhandel. Dabei genügen die bestehenden Ladenöffnungszeiten völlig. Und die Stimmberechtigten sagen seit Jahren konsequent Nein zu immer neuen Verlängerungen.

Mehr Nacht- und Sonntagsarbeit schadet allen
Ständige Verfügbarkeit am Arbeitsplatz ist familienfeindlich, erhöht den Stress und macht krank. Die 24-Stunden-Arbeitsgesellschaft schadet allen. Denn in der Nacht und am Sonntag müssen die Menschen sich erholen und ihre Freizeit geniessen können.

Nein zur Verschlechterung des Arbeitsgesetzes auf Kosten der Angestellten und ihrer Familien.

Unterschriftenmaterial kann auf dem Unia Sekretariat Langnau bezogen werden.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

Abstimmungsparolen

FÜR DEN 3. MÄRZ 2013

Bund

Volksinitiative «Gegen die Abzockerei» **JA**

Änderung Bundesgesetz über die Raumplanung **JA**

Bundesbeschluss über die Familienpolitik **JA**

Kanton

«Bern erneuerbar» **JA**

1. Verfassungsinitiative **JA**

2. Gegenvorschlag des Grossen Rates **JA**

Stichfrage Verfassungsinitiative: X



Herzlichen Dank für all die Spenden, die auf unser Postcheckkonto 30-27704-1 eingegangen sind. Sie ermutigen uns, auch weiterhin für ein klares, soziales Langnau einzustehen.

Ihre Links-Macher

Erfolg für Arbeitnehmende und Gewerkschaften

Einführung der Solidarhaftung

Das Parlament hat im letzten Dezember der Einführung einer verbindlichen Solidarhaftung für Subunternehmen auf gesetzlicher Ebene zugestimmt. Die Gewerkschaft Unia hatte einen solchen Entscheid schon lange gefordert, um wirksamer gegen Lohn-dumping vorgehen zu können. Jetzt muss die Solidarhaftung aber griffig umgesetzt und nicht etwa verwässert werden.

Die Löhne sind unter Druck. Schuld daran sind skrupellose Subunternehmen, welche sich nicht um die geltenden Verträge kümmern und skandalös tiefe Löhne zahlen. Darunter leiden die Arbeitnehmenden und Firmen, die sich an die Verträge halten und faire Löhne zahlen. Bisher war es geradezu absurd: Wer Aufträge an Dumping-Firmen weitergab hatte Vorteile – er konnte tiefere Preise anbieten und wurde für die Verstösse gegen die Gesamtarbeitsverträge nicht bestraft.

Die seriösen Firmen, welche korrekte Löhne bezahlten, hatten Nachteile.

Solidarhaftung ist ein wichtiger Schritt vorwärts

Als zusätzliches Instrument gegen Solidarhaftung forderten die Gewerkschaften schon seit mehreren Jahren die Einführung einer Solidarhaftung, über 27'000 Arbeitnehmer aus Bau und Gewerbe hatten im Herbst eine Petition für die Einführung einer Solidarhaftung unterschrieben. Genauso, wie eine Firma, die einen Auftrag annimmt, für die Qualität der ausgeführten Arbeit haftet – und dies unabhängig davon, ob sie die Arbeit selber ausführt oder weiter gibt – genauso soll sie für die Einhaltung der Arbeitsbedingungen haften. Zuerst waren die Gewerkschaften alleine mit dieser Forderung. Immer mehr Arbeitgeber – besonderes aus dem Ausbau-

gewerbe – unterstützten die Einführung einer Solidarhaftung.

Wirksam umsetzen, nicht verwässern!

Nach der deutlichen Zustimmung des Parlamentes muss die Solidarhaftung jetzt verbindlich umgesetzt werden. Was die unterlegenen Gegner der Solidarhaftung versuchen werden ist klar: Sie wollen einen möglichst zahnlosen Umsetzung, damit sich möglichst wenige ändert. Notwendig ist genau das Gegenteil: Es braucht eine griffige Solidarhaftung, damit Firmen zukünftig besser aufpassen, mit wem sie zusammenarbeiten und für Verfehlungen haften. Nur so können wir die bestehenden Probleme und das Lohndumping auf den Baustellen besser in den Griff bekommen. Dies dient den Bauarbeitern, der Bauqualität und auch den Baufirmen.

Stefan Wüthrich
Gewerkschaft Unia

Einladung

Fondueabend

Donnerstag, 7. März, 19.15 Uhr
Rest. Rössli, Hübeli, Langnau



Nadine Masshardt

geboren am 4.10.1984

Wohnhaft in Bern

Master of Arts (Geschichte und Philosophie)

- 2003 Beitritt Sozialdemokratische Partei (SP)
- 2004 Wahl in den Stadtrat von Langenthal
- 2006 Gründungsmitglied JUSO Oberaargau
- 2006 Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern
- 2007 Nationalratswahlen – erster Ersatzplatz
- 2008 Wiederwahl Stadtrat Langenthal
- 2010 Wiederwahl Grosser Rat des Kantons Bern
- 2011 Nationalratswahlen – erster Ersatzplatz
- 2012 Wahl in den Nationalrat (Nachfolge Ursula Wyss)

Nadine Masshardt

«Erste Erfahrungen im Nationalrat»

Wie gewohnt richtet sich die Einladung in erster Linie an die SP-Sektionen Langnau, Lauperswil-Rüderswil und Signau. **Andere Gäste sind aber auch herzlich willkommen.** Es wäre schön, wenn der traditionelle Fondueabend einen tollen Grossaufmarsch erleben würde.

Käsefondue pro Person Fr. 23.– oder

Mischsalat, Spinat-Ricotta Tortelloni an Tomatensauce mit Bärlauchpesto Fr. 23.–

Bitte ausfüllen, abschneiden, abschicken

ANMELDUNG Ja, ich komme am Donnerstag, 7. März 2013, an den Fondueabend.

Name: _____ Käsefondue (Anzahl)

Vorname: _____ Vegi-Menu (Anzahl)

Ich bin an einem Fahrdienst interessiert und möchte abgeholt werden (bitte ankreuzen)

Anmeldungen bis Dienstag, 5. März

an Bernhard Antener, Fansrütistr.19, 3550 Langnau oder bernhard@anteners.ch

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN
BETTEN SCHRÄNKE
VORHÄNGE BODENBELÄGE

Schürch Massivmöbel
3550 Langnau, Tel. 034 402 20 37, Fax 034 402 31 17
www.martin-schuerch.ch mail@martin-schuerch.ch
Massivmöbel aus eigener Werkstatt AURO NATURFARBEN Regeneraläger

www.neuesicht.ch
Coaching, Supervision, Teamentwicklung, Organisationsberatung
Die gezielte Beratung im beruflichen oder persönlichen Umfeld für Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen.
Mediation
die professionelle Vermittlung in Konfliktsituationen
Ich freue mich auf Ihre Anfrage
Christina Schilt-Rutishauser
Lenggenweg 40, CH-3550 Langnau +41 79 796 66 70
c.schilt@gmx.ch

Nachrufe

Hans-Ruedi Mürner-Hiltbrunner

Hans-Ruedi Mürner wurde 1937 in Langnau geboren und besuchte die Primarschule im Alten Ilfisschulhaus, danach die Sekundarschule und wurde Briefträger, damals ein hoch geschätzter Beruf. Sein geografisches Wissen weltweit muss phänomenal gewesen sein. Später hatte er zusammen mit seiner Frau das Amt als Schulabwart in Bärau inne. Hans-Ruedi Mürner wurde als Arbeiter und allseits hilfsbereiter Sozialdemokrat sehr geschätzt. Zusammen mit Wilhelm Steiner war er viele Jahre für die Berner Wanderwege unterwegs. Er besorgte 3 Gärten und war begeisterter Handballer bis zu seinem Tod. Er starb in seinem 76. Altersjahr. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Albert Möscherberger-Hebeisen

Wir trauern um Albert Möscherberger. Er starb am 18. Januar im 87. Altersjahr im Dahlia Lenggen. Albert Möscherberger war in der Zeit von 1961 bis 1984 aktiv in der Gemeinde tätig. Er wirkte in verschiedenen Kommissionen, war 9 Jahre Mitglied des GGR und 6 Jahre im Kleinen Gemeinderat für das Schuldepartement und als Stellvertreter für die Finanzen zuständig. Von ihm wissen wir, dass er seine kranke Frau bis zu ihrem Tod betreute. Nach dieser Zeit wohnte er in einer wunderschönen sonnigen Wohnung im Sonnegg, bis er auch diese verlassen musste, weil er selbst Pflege benötigte. Wir verlieren mit ihm ein aktives Gemeinde- und SP-Mitglied und danken ihm für all seinen Einsatz.

fuss und sein
christine schilt
DIE FUSSPFLEGE-PRAKIS IM ZENTRUM VON LANGNAU
Nehmen Sie sich Zeit • Lassen Sie sich verwöhnen und pflegen • Sie fühlen sich erfrischt und gehen leichtfüssig • Vertrauen Sie mir Ihre Füsse an
Als dipl. Fusspflegerin biete ich Ihnen eine professionelle und wohltuende Fusspflege an.
Ich freue mich auf Ihren Anruf und auf Ihren Besuch.
Terminvereinbarung auch abends und samstags möglich
Dipl. Fusspflegerin, Dorfstrasse 25, 3550 Langnau i.E.
034 533 23 45, www.fussundsein.ch, info@fussundsein.ch

malerei
Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

Selbst eine schwere Tür hat nur einen kleinen Schlüssel nötig.
(Charles Dickens)
Abrakadabra Treuhand
RENATO GIACOMETTI
Treuhandler mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abarakadabra-treuhand.ch

WALTER SCHMOCKER WEINE
VINOTHEK
KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 420 56 21

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe
Unia Region Oberaargau-Emmental
Mühleggässli 1, 3550 Langnau i.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch
Gemeinsam erreichen wir mehr.
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

Am besten, man hat selber ein Kraftwerk.
elentec
Niederhauser und Thommen GmbH
Energietechnik - Photovoltaik
Dorfstr. 5 - 3550 Langnau
Tel. 034 408 10 00
www.elentec.ch

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener Fansrütistrasse 19 3550 Langnau Tel. 034 402 22 68 bernhard@anteners.ch Gemeindepräsident/Grossrat	Susanne Kölbl (parteilos) Dorfberg 554 3550 Langnau Tel. 034 402 73 00 susanne.koelbli@dorfberg.ch Kultur, Jugend	Renate Strahm Mooseggstrasse 8 3550 Langnau 034 402 52 91 renate.strahm@gmx.ch Bildung
--	--	---

Grosser Gemeinderat

Kommission/Gremium

Telefon Mail

Agathe Aschwanden	Kommission Soziale Dienste	034 402 74 02	mail@abrakadabra-treuhand.ch
Renato Giacometti	Schulkommission	034 402 32 61	quattroko@vtxmail.ch
Hannes Kobel	Fraktionsleit., Planungskomm.	034 402 75 87	joschi.lehmann@bluewin.ch
Janosch Lehmann			daniel.liniger@bkw-fmb.ch
Daniel Liniger	GPK, Planung-, Finanzkomm.	034 402 52 17	nazim.rexhepi@unia.ch
Nazim Rexhepi		034 402 53 31	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Silvia Röthlisberger	GPK, Vorstand	034 402 36 55	adrian.schranz@gmx.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	zoggolino@sunrise.ch
Hanspeter Zaugg	Kommission Soziale Dienste		

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Martin Jäggi	PR/Kommunikation	034 402 62 16	jaeggi.martin@gmx.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Finanzk., Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch www.bern.unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-------------------------------------

Impressum

links i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.
Auflage: 1100 Ex.
Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich
Fotos: zvg
Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer
Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

Di 12. Feb	19.15 Uhr: Vorstand SP-Regionalverband Emmental
Sa 23. Feb	14.45 Uhr: Fasnacht i.E.
Di 26. Feb	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
So 3. März	Kantonale und eidg. Abstimmungen
Do 7. März	18.00 Uhr: HV SP Langnau, Restaurant Rössli 19.15 Uhr: Fondueessen Oberemmentaler SP-Sektionen Gast: Nadine Masshardt, SP-Nationalrätin
Di 12. März	19.30 Uhr: Fraktionssitzung
Mo 18. März	19.30 Uhr: GGR-Sitzung
Di 19. März	Parteitag SP-Regionalverband Emmental
Do 11. April	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
Do 23. Mai	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau

WIR GRATULIEREN

26. Januar	Schöni Werner (87)
6. März	Schütz Lena (92)
16. März	Antener-Hofer Fritz (80)
18. April	Pauli Hans (90)
8. Mai	Schneider Marcel (75)
19. Mai	Schneider Kathrin (75)

Allen Jubilaren und der Jubilarin gilt unser herzlichster Glückwunsch mit den besten Wünschen für gute Gesundheit und Freude im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Langnau

